

Manuskript herausgestrichen, so daß der Artikel ein völlig entstelltes Bild von der „öffentlichen Meinung“ entwarf. Als der sowjetische Marschall Rokosowski als Kriegsminister nach Polen beordert wurde, erschien die Meldung darüber in der „BZ“ unter der Überschrift „Polen gefährdet“. Es stellte sich heraus, daß es sich hierbei um ein Versehen handelte. Der Titel sollte lauten: „Polen gestärkt“. Der Handsetzer wurde von dem SSD verhaftet, der zuständige Redakteur von der SED degradiert.

## 2. „National-Zeitung“

Da ich nicht Mitglied der SED war, gab es keine Möglichkeit für mich, in der „BZ“ länger zu verbleiben. Am 28. Dezember wurde ich zu einer Besprechung im Gebäude des Hauptverbandes der National-Demokratischen Partei Deutschlands (NDPD) nach Treptow geladen. Dortselbst erhielt ich einen Vertrag als verantwortlicher Redakteur für Lokales bei der „NZ“. In Gegenwart des Verlagsleiters Hofe erklärte mir der politische Geschäftsführer der Partei, Homann, daß ich mein Ressort nach den Anordnungen des Hauptvorstandes der Partei zu leiten habe. Ich hoffte, in dem Organ einer „bürgerlichen“ Partei eine gewisse Freiheit in meiner Arbeit zu finden. Das war jedoch nicht so. Außer den Richtlinien, die der „Minister für Aufbau“ und jetzige stellv. Ministerpräsident Dr. Lothar Bolz und Homann uns während der wöchentlichen Redaktionskonferenzen gab, die Befehlerteilungen glichen, kontrollierte der stellv. Vorstand der NDPD Vincenz Müller nachts die Redaktionen. Jede Seite mußte vom zuständigen Ressortleiter der Chefredaktion vorgelegt werden und wurde vom Chefredakteur i. V. Peter Berg und seinem Stellvertreter Dr. Harte gemeinsam zensiert. Das „Nationale Forum“ der „NZ“ wurde fast ausschließlich von den Mitarbeitern der Redaktion geschrieben, trotzdem es sich aus Leserbriefen zusammensetzen sollte. Leserbriefe aus Westdeutschland, die sich kritisch mit den Zuständen in der DDR auseinandersetzten, durften nicht erscheinen oder als Material berücksichtigt werden. Daß das Hauptorgan der NDPD, die „NZ“ letzten Endes nicht von ihrer eigenen Partei allein abhängig war, geht klar aus folgendem Zwischenfall hervor: Auf meiner Seite war ein Beitrag erschienen, der sich mit der Umbenennung von Straßennamen in Berlin-Niederschönhausen beschäftigte. Der Verfasser war der Ansicht, daß sämtliche Namen „militaristischen“ und „monarchistischen“ Charakters verschwinden sollten. Er zog auch Bismarck in seine Ablehnung ein. Daraufhin erhielt ich einen Beitrag von der Chefredaktion, in dem der Verfasser für Bismarck eintrat, da derselbe sich stets für ein Bündnis mit Rußland eingesetzt hätte. Der Artikel erschien auf meiner Seite. Homann erteilte mir jedoch eine scharfe Rüge deswegen, trotzdem der Beitrag von einem Mitglied des Hauptvorstandes der NDPD stammte. Homann erklärte, er habe das Mißfallen der „Nationalen Front“ erregt. Nach Gründung der „Nationalen Front“ gab es keinen einzigen Unterschied mehr

zwischen den einzelnen Presseorganen der verschiedenen Parteien, denn in der „Nationalen Front“ dominierten die Funktionäre der SED und die wurden wiederum vom ZK geleitet. Die „Nationale Front“ wurde nur zur Vorbereitung der Oktober-Wahlen gebildet, um jede Abweichung von der Parteilinie der sowjetischen Deutschlandpolitik unmöglich zu machen.

Es gibt wohl keine offizielle Pressezensurstelle, jedoch erfolgt die Zensur vom ZK der SED aus über das „Amt für Information“ und über die einzelnen Pressestellen der Parteien. Daß das ZK der SED ihrerseits vom Politbüro und der Kontrollkommission geleitet und überwacht wird, dürfte eine bekannte Tatsache sein.

Im Hause der „Nationalen Front“ am Ernst-Thälmann-Platz fand eine Industrieausstellung statt. Am 12. März 1950 erschien in der „NZ“ ein Beitrag über diese Ausstellung von mir. Er vermittelte ein falsches Bild davon, denn ich mußte ihn noch nach Umbruchschluß ändern. Sämtliche kritischen Stimmen, die ursprünglich in meinem Artikel enthalten waren, wurden von den Zensoren der Chefredaktion entfernt. So aber ging es nicht nur den Redakteuren, sondern auch den übrigen Mitarbeitern. Ob es sich dabei um Betriebsreportagen oder Beiträge aus Westberlin handelte, war gleichgültig. Ich habe erlebt, daß man als Pressevertreter von befragten Personen keine Antwort erhielt. Oft auch wurde einem gesagt: „Das hier ist schlecht — aber das dürft Ihr ja sowieso nicht schreiben.“ Die Unfreiheit der Presse dürfte demnach allen Bewohnern der Sowjetzone bekannt sein. Selbst Kreuzwörterrätsel werden zensiert. Als Auflösung auf die Frage: „Stadt in Deutschland?“ erschien auf meiner Seite das Wort „Königsberg i. Pr.“ Ich erhielt einen strengen Verweis, denn es gäbe kein Ostpreußen in Deutschland und daher auch kein Königsberg, nur ein Kaliningrad, und das läge in der UdSSR.

## 3. „Tägliche Rundschau“

Was für die sogenannten „überparteilichen“ und „bürgerlichen“ Parteiorgane gilt, ist für die sowjetamtliche „Tägliche Rundschau“ selbstverständlich. Sämtliche Ressorts — bis auf das lokale — unterstehen sowjetrussischen Kontrolloffizieren. Ich schrieb fast ausschließlich über Vorkommnisse in Westberlin. Mein Beitrag über die Industrieausstellung am Funkturm in Westberlin beispielsweise durfte nur einen negativen Eindruck vermitteln, wodurch natürlich ein völlig falsches Bild von dieser Industriemesse entstand. Ich hatte ausdrücklich den Befehl erhalten, mich nicht als Pressevertreter der „TR“ in Westberlin auszuweisen, sondern nach Möglichkeit den Eindruck zu erwecken, ich sei Mitarbeiter einer westdeutschen Zeitung. Aus den Werbeprospektiven, die ich von der Ausstellung mitbrachte, konstruierte der verantwortliche Lokalredakteur der „TR“ Philipp, Dialoge mit Vertretern der westdeutschen Ausstellerfirmen, die überhaupt nicht stattgefunden haben. Ein kürzlich verstorbener Mitarbeiter der

„TR“ Arved Moedlinger, hat über den NWDR-Berlin nachgewiesen, daß sämtliche Berichte und Reportagen, die er über Westberlin schrieb, völlig frei erfunden waren. Aber auch bei den in direkter Rede angeführten Aussprüchen befragter Personen in Reportagen aus der DDR wurden ganze Sätze gestrichen und ins Gegenteil verdreht.

Die deutschen Ressortleiter werden von den sowjetischen Kontrolloffizieren der Chefredaktion gezwungen, einen genauen Arbeitsplan für die nächsten 8 Tage zur Genehmigung vorzulegen. Erst wenn ein militärischer Ukas (Befehl) schriftlich vorliegt, kann die Redaktion die Beiträge in Auftrag geben.

...

## 4. Allgemeines

Ähnliche Erfahrungen, wie ich sie oben schilderte, habe ich auch beim „Berliner Rundfunk“ und beim „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienst“ (ADN) gemacht. Einige Beiträge über Flüchtlingsprobleme gingen nicht über den Sender, weil sie der Wahrheit zu nahe kamen. Im „Deutschlanddienst“ des ADN wurden nur Nachrichten kommunistischer westdeutscher Mitarbeiter aus der Bundesrepublik verarbeitet. Meldungen westlicher Presseagenturen, wie DPA, UP oder AP wurden durch Kürzungen, Herausnahme einzelner Worte, Sätze oder Satzteile so gefälscht, daß der Sinn jener Nachrichten in jedem Falle prokommunistisch wirkten. Darüber hinaus mischten sich fast sämtliche Behörden in die Tätigkeit der Presse ein. Ich selbst wurde mehrfach zu den verschiedenen Ministerien bestellt, um Vorwürfe über von mir erschienene Beiträge entgegenzunehmen zu müssen. Jede Berichterstattung über volkseigene Betriebe (VEB) oder Behörden bedurfte einer vorherigen schriftlichen Genehmigung. Das war auch bei Artikeln über die Volkspolizei der Fall. VoPo-Kommissarin Sandner, die Presseferentin im Volkspolizeipräsidium war, hielt öfter Pressekonferenzen ab, wobei sie die Arbeit der Presse bis ins einzelne kritisierte. Wer sich bei ihr unbeliebt gemacht hatte, dem wurde jegliche Berichterstattung über die Volkspolizei unmöglich, da er nicht mehr zu den Konferenzen hinzugezogen wurde und keine Genehmigung erhielt, über Polizeibelange zu schreiben. Außerdem bat sie die Chefredaktion der betreffenden Zeitung um Entsendung eines anderen Berichterstatters. Über die Tätigkeit des Ministeriums für Staatssicherheitsdienst (SSD) war jede Berichterstattung untersagt. Ähnlich war es auch bei der Justiz.

Jede Meldung des „Amtes für Information“ mußte vordringlich und unverzüglich gebracht werden. Falls ein Organ sich nicht willig zeigte, entzog man ihm jegliche Papierzuteilung. So erging es zum Beispiel der in Potsdam erschienenen „Tagespost“ und der im Verlag der NDPD herausgegebenen „Deutschen Illustrierten“. Auch die im gleichen Verlag erscheinende Wochenzeitschrift „Deutsche Woche“, wurde durch Kürzung des Papierkontingents zur Einschränkung ihrer Auflage und zur Verringerung ihres Um-